

Verändert sich die Republik?

Zum Wandel in der bundesdeutschen Wählerschaft

Waren die Wahlen in Berlin und Hessen im Januar und März mit ihren erdrutschartigen Veränderungen und dem Hochkommen neuer Parteikonstellationen nur Ausdruck einer aktuell sich äussernden Proteststimmung, oder zeigen sie den Beginn eines grundlegenden Wandels des bundesdeutschen Parteiensystems an? Eine Analyse mittelfristiger Entwicklungen, die das gesamte traditionelle Parteienspektrum betreffen, legt die Vermutung nahe, daß das, was sich jetzt abzeichnet, Vorspiel einer Pluralisierung der politischen Landschaft ist, in der sich das bisherige Parteiensystem aufzusplitteln beginnt, ohne daß sich bereits neue Stabilitätsmuster abzeichnen.

Selten, wenn überhaupt jemals seit Bestehen der Bundesrepublik wurde durch lokale Wahlen soviel Hektik ausgelöst wie durch die *Parlamentswahlen in Berlin* vom 29. Januar und durch die *Kommunalwahlen in Hessen* vom 12. März. Wirkung zeigten die Wahlen vor allem in Bonn: Strategiedebatten wurden – wieder einmal – angezettelt. Vom Ende der gegenwärtigen Bundesregierung wurde über Wochen geredet und spekuliert, vom Ende des Bundeskanzlers jetzt schon und der Koalition spätestens nach 1990 nach den nächsten Bundestagswahlen. Leitartikel sahen *Helmut Kohl* nur noch zwischen „Abgang und Untergang“ (vgl. *Robert Leicht* in „Die Zeit“, 24. 3. 89), eine Chance politischen Überlebens wurde offenbar gar nicht mehr eingeräumt. Schuldzuweisungen wurden – nein, nicht hin und her geschoben, denn Kanzler und Bundesregierung wehrten sich nicht einmal mehr, sondern wurden von Berlin und Frankfurt/Wiesbaden einfach nach Bonn dirigiert. Nur ausnahmsweise wurden wie in Frankfurt und Berlin auch lokale Gründe geltend gemacht und als solche auch akzeptiert. „Querdenker“ unterschiedlichsten Kalibers traten auf den Plan und erteilten vor allem der CDU und ihrem Vorsitzenden wenig schmeichelhafte Ratschläge. Eine schwierige *Regierungsumbildung* wurde mit viel Mühe und teilweise fragwürdigem Ergebnis ins Werk gesetzt, sozusagen als letzter Rettungsanker ohne viel Hoffnung über den Wahltermin 1990 hinaus; könnten doch schon die Europa- und Gemeindewahlen (Saarland, Rheinland-Pfalz) im Juni dieses Jahres trotz personeller und Sachkorrekturen so ausgehen, daß im allerletzten noch möglichen Augenblick vor 1990 ein Kanzlerwechsel unumgänglich würde.

Mehr als ein Trend

Neue Koalitionen entstanden in Berlin und Frankfurt und lokal in Hessen auch anderswo, von denen nach dem rot-grünen Hessen-Debakel, das 1987 dort zum erstenmal zu einer CDU/FDP-Landesregierung geführt hatte, von Grünen und Alternativen abgesehen, wenigstens scheinbar niemand etwas wissen wollte. Jetzt wurden sie mit größter Selbstverständlichkeit und ohne großes öffent-

liches Gerangel gebildet: Die einen, selbst keine glänzenden Sieger, waren froh, einen Partner für die Rückkehr zur Macht zu finden. Vom k.o. geschlagenen Gegner wurden sie dabei nicht gestört; er war ausreichend mit sich selbst beschäftigt. Und von „grünen“ und vor allem „alternativen“ Ambivalenzen – Gewaltmonopol des Staates, um nur ein dort kontroverses Stichwort zu nennen – lenkte das Entsetzen über die – scheinbar plötzlich – so erfolgreichen Republikaner und die in Frankfurt nicht minder erfolgreiche NPD ab.

Wundern konnte sich über die durch die Wahlergebnisse in Berlin und in Hessen ausgelöste Hektik niemand, war doch gerade in Berlin alles anders gekommen, als noch bis kurz vor der Wahl erwartet worden war. Trotz des schon über Jahre für die Unionsparteien anhaltenden negativen Gesamttrends, der bundesweiten Wirkungen der Barchel-Affäre und des weit fortgeschrittenen Autoritäts- und Ansehensverlusts der christdemokratisch-liberalen Bundesregierung und ihres Kanzlers war Berlin neben Baden-Württemberg und Bayern als so ziemlich einziger stabiler Faktor im Sinne der Union selbst vom politischen Gegner angesehen worden. Angesichts eines wohlgeleiteten Regierenden Bürgermeisters und einer insgesamt erfolgreichen, wenn auch von Skandalen gestreiften Stadtregierung waren zwar kalkulierbare Verluste, aber keine grundstürzenden Veränderungen erwartet worden. Dann aber das *Absinken der CDU weit unter die 40-Prozent-Grenze* und das Ausscheiden der FDP aus dem Berliner Parlament, dafür der Einzug der Republikaner und die Bildung einer rot-alternativen Koalition schon nach wenigen Wochen!

Dann am 12. März, kaum daß der rot-alternative Senat in Berlin gebildet war, die drastische Wiederholung in Frankfurt mit 13 Prozent Verlusten für die CDU bei nur bescheidenen Zugewinnen der Grünen (2,1 Prozent) und noch bescheideneren (1,5 Prozent) für die SPD, aber mit 6,6 Prozent auf Anhieb für die NPD und hohen Gewinnen der Republikaner in hessischen Landkreisen und Kommunen, in denen sie antraten.

Nach *Berlin* hieß es noch, die Wähler wollten auf gefahrlose Weise Denkmäler verteilen, ihre Unzufriedenheit ausdrücken über die Art, wie der abgewählte Senat mit Problemen der Stadt (Wohnungsnot, Ausländerfrage) umging, aber nicht wirklich einen anderen Senat. Und tatsächlich sprachen sich noch nach der Wahl in Umfragen nur ein gutes Drittel der Berliner Wahlbevölkerung für einen rot-alternativen Senat aus, und *Eberhard Diepgen* rangierte bei der Frage, wen man als den Regierenden Bürgermeister haben wolle, auch nach der Wahl noch weit vor seinem SPD-Nachfolger *Walter Momper*.

Aber das *Frankfurter Ergebnis* strafte alle jene Lügen, die meinten, die Berliner hätten nicht nur in Unwissenheit darüber gewählt, was sie mit ihrer Wahlentscheidung be-

wirkten, sondern hätten auf keinen Fall gewollt, was sie *tatsächlich* bewirkten. In Hessen war bekannt, was in Berlin geschehen war; die Wirkungen der eigenen Entscheidung konnten kalkuliert werden, soweit Wirkungen von Einzelentscheidungen bei Wahlen überhaupt kalkulierbar sind. Dennoch hat sich der Trend bei den hessischen Kommunalwahlen insgesamt fortgesetzt (CDU-Verluste in kreisfreien Städten und Kreistagen von 6,8, in den Gemeinden von 5,1 Prozent) und speziell in Frankfurt noch verstärkt.

So fiel die These, die bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 (vgl. HK, März 1987, 113 ff.) noch einiges für sich hatte, die Wähler hätten sich in der sicheren Voraussicht, daß die in Bonn regierende Koalition die Wahlen ohnehin gewinnen würde, einen „Seitensprung“ als Ausdruck persönlicher Protesthaltung erlaubt oder seien aus den gleichen Gründen der Wahl ferngeblieben, endgültig in sich zusammen. Es deutet sich, und zwar nicht erst durch Berlin und Frankfurt, eine *weitergehende Umschichtung der Wählerschaft* an, die nicht mehr in den gewohnten Bahnen einer im Wechsel sich durchhaltenden Balance zwischen den großen Volksparteien mit der FDP als Funktionskorrektiv verläuft, sondern sich grundlegend verändert. Gestützt wird diese Vermutung weniger durch die auf dem Hintergrund der Hektik der letzten Monate zu verstehenden Umfrageergebnisse, die die Union tief im Keller, die SPD deutlich im Wiederaufstieg und neben den Grünen auch die Republikaner über der 5-Prozent-Grenze ansiedeln, sondern – trotz aller Unterschiede im einzelnen – durch parallele Entwicklungen in Österreich (vgl. ds. Heft S. 209), in der Schweiz und in den europäischen Nachbarländern insgesamt, die französischen Gemeindevahlen vom letzten März nicht ausgenommen.

Ferner findet „nur“ eine Radikalisierung im politischen Gesamtspektrum zu den Rändern hin statt? Oder geraten die Volksparteien insgesamt in eine *Selbstbehauptungs-krise*, die die politischen Gleichgewichte in der Bundesrepublik auf Dauer verändert? Und was verändert sich? Finden nur Umschichtungen in den politischen Kräfteverhältnissen statt, oder vollzieht sich – vom Wähler her – ein grundlegender Wandel – mit Fernwirkungen – der politischen Verhaltensmuster? Und was sagen solche Umschichtungen über Stabilität und Belastbarkeit des Gemeinwesens, was über Umschichtungen im Politikverständnis aus?

Betroffen ist zunächst die Union

Schon eine plausible Rangordnung der jetzt wahrnehmbaren Kräfteverschiebungen ist nicht leicht zu erkennen. In Ratlosigkeit gestürzt wurde durch die Ergebnisse von Berlin und Frankfurt zunächst die *Union*. Sie ist am unmittelbarsten getroffen, nicht nur in ihrer strukturellen Mehrheitsfähigkeit, die sich zu verflüchtigen droht, sondern *in ihrem Wesen als Volkspartei*. Berlin und Frankfurt sind auf die Union bezogen nicht Ausdruck irgendeiner

Wählerlaune, die heute sich Luft macht und morgen wieder verpufft. Sie sind weder auf örtliche Schwächen der Partei noch allein auf Negativwirkungen einer in ihren politischen Gestaltungsmöglichkeiten erschöpften unionsgeführten Bundesregierung und auf einen – an hierzulande populären Vorstellungen von Kanzlerdemokratie gemessenen – schwachen Bundeskanzler oder gar auf die vielbeklagte schlechte Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zurückzuführen. Weder war die CDU in Berlin und in Hessen – speziell in Frankfurt – besonders erfolglos, noch werden Landtagswahlen oder gar Gemeindevahlen allein bundespolitisch entschieden. In Berlin und Frankfurt *explodierte* zwar der für die Union negative Trend, aber geht man die Ergebnisse seit 1985 (im März im Saarland – 6,7 Prozent für die CDU, im Mai in Nordrhein-Westfalen – 6,8 Prozent) durch, dann bestätigen sie diesen nur besonders auffällig, fallen aber mit Ausnahme von Frankfurt nicht aus dem Rahmen. Der langfristige Trend zeichnete sich bereits mit der Niedersachsenwahl im Juni 1986 ab (– 6,4 Prozent für die CDU). Da sie als Vorentscheidung für die Bundestagswahl 1987 angesehen wurde und die CDU in Hannover mit Hilfe der FDP dennoch die Regierung bilden konnte, wurde das Ergebnis trotz der hohen Verluste als „Trendwende“ zugunsten der Union gefeiert. Daß die Verluste der CDU bereits damals auf einem Niveau fortgeschrieben wurden, das oberhalb der bei Landtagswahlen für eine erste Bonner Regierungspartei üblichen Verluste lagen, konnte verdrängt werden nach dem Motto: Was kümmert mich der Wähler, solange ich regieren kann?

Der *Sieg in Niedersachsen* aber gab demoskopisch und politisch Sicherheit für die nächste Bundestagswahl. Diese brachte zwar dann – wider Erwarten – ebenfalls hohe Verluste, aber keine Alternative zur christlich-liberalen Koalition. Die Union behielt trotz eines Minus von 4,5 Prozent die relative Mehrheit und konnte – irritiert, aber nicht wirklich bereit, über die Verluste gründlicher nachzudenken und neue Mobilisierungsstrategien zu entwickeln – weiterregieren. Indessen wurde der negative Trend nicht mehr gestoppt. Es folgten das erste (– 6,4) und im September das durch die Barschel-Affäre bedingte noch größere zweite Debakel (– 9,1) in *Schleswig-Holstein* und – am gleichen Tag die haushohen Verluste (– 9,9) in Bremen, wo die CDU auf 23,4 Prozent absackte. Dazwischen lagen im Mai 1987 die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (– 6,7). Außerhalb dieses eindeutig negativen Trends lagen allein die Wahlen in Hamburg 1986 (+ 3,3) und 1987 (– 1,4) und die Hessenwahl im April 1987 (+ 2,7). Bei der *Baden-Württemberg-Wahl* (– 2,8) konnte unter ungewöhnlich günstigen Landesbedingungen (beliebter Ministerpräsident, erfolgreiche Landespolitik, im Personalangebot schwache Opposition) für die Union der Negativtrend zwar gemildert, aber nicht abgebremst werden. Dasselbe galt trotz einer satten absoluten Mehrheit von 55,8 Prozent mit einem CSU-Verlust von – 2,5 Prozent auch für die Landtagswahlen 1986 in Bayern, bei denen sich mit 3 Prozent der Stimmen die Republikaner – durch Straußschen Verbalradikalismus in ihren

Zielen aufgewertet – zum erstenmal landesweit bemerkbar machten.

Nimmt man die Serie der Landtagswahlen für sich, dann bedeuten die Verluste in der Regel zwar keine dramatische Rückstufung, sondern für die Union – mit der Ausnahme Schleswig-Holsteins – die *Rückkehr zu den Größenordnungen der sechziger Jahre*. Das nach Kriterien der Sozialstruktur (Alter, Geschlecht, soziale Schichtung) aufgeschlüsselte Ergebnis der Bundestagswahlen 1987 (vgl. dazu die Wahldokumentation der CDU-Geschäftsstelle vom 18. Juni 1987) zeigt aber eine *in ihrer Mehrheitsfähigkeit als Volkspartei langfristig höchst gefährdete Union*. Dies zeigt sich – und das dürfte über die Union hinaus für das gesamte Parteienspektrum resp. für das Kräfteverhältnis von „Alt-“ und „Neu“-Parteien interessant werden – in einer „scharfen Trennlinie zwischen den Generationen“: absolute Mehrheit für die christlich-liberale Koalition bei den über 45jährigen, absolute Mehrheit für Rot-Grün bei den unter 45jährigen, während 1983 die gegenwärtige Koalition im Bund auch bei den unter 45jährigen noch eine absolute Mehrheit hatte. Dabei muß der Union im Blick auf langfristige Entwicklungen besonders zu denken geben, daß sie bei den letzten Bundestagswahlen in Städten mit über 200 000 Einwohnern bei den 25- bis 35jährigen von den Grünen knapp überholt wurde (Union 24,2; Grüne 25,6) und daß sie bei den 25- bis 35jährigen Frauen bundesweit an die 7 Prozent verlor.

Nicht minder gefährdet in ihrer strukturellen Mehrheitsfähigkeit ist die Union durch die bei den Landtagswahlen der letzten Zeit feststellbare Neigung von Wählern, die sich zunächst der Stimme enthalten hatten, zu anderen Parteien rück- oder abzuwandern. Konnte bei den letzten Bundestagswahlen der hohe Anteil an Nichtwählern (nach übereinstimmenden Schätzungen etwa 800 000) unter den unionsnahen Wählern noch als aktuell bedingte Unzufriedenheit (z. B. vieler Bauern) oder als Akt der Sorglosigkeit angesichts des ohnehin zu erwarteten Koalitionssieges gedeutet werden, so zeigt die inzwischen offenkundig gewordene Rück- oder Abwanderung von damaligen Nichtwählern zu anderen Parteien *teils eine Radikalisierung von Unionswählern, teils eine dezidierte Abwendung von der Union*. Beides gefährdet ihre Mehrheitsfähigkeit langfristig, wenn nicht gar ihren Bestand als Volkspartei.

„Erblasten“, die sich erst jetzt voll auswirken

Aber worin liegen die Gründe für diese Entwicklung? Sicher auch in einer in erster Linie von der Union zu verantwortenden *Regierungspolitik*, die sich in den sechseinhalb Jahren ihres Bestehens stärker abgenutzt hat als Bundesregierungen zuvor in vergleichbarer Zeit und die Großreformen durchführen mußte, bei denen sie mit Zustimmung nicht nur während des Gesetzgebungsverfahrens, sondern auch bei der Durchführung angesichts der nur schwer auszubalancierenden Interessengegensätze

nicht wirklich rechnen konnte. Und zum Teil ist sie gewiß auch Ergebnis einer Regierungsarbeit, die nicht genug Willen und vor allem nicht genug Geschick aufbrachte, um das Profil der Reformen einer durch Medien und Interessengruppen übersensibilisierten, aber wenig informierten Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Doch die eigentlichen Gründe liegen wohl tiefer. Sie haben zum einen Teil mit dem Gesetz zu tun, unter dem die gegenwärtige Koalition angetreten ist, zum anderen mit der Union als Partei bzw. Parteiengefüge. Die christlich-liberale Koalition bzw. der christdemokratische Partner in ihr trat an *unter dem Anspruch der Wende*. Damit weckte die Union Erwartungen, die sie, wollte sie sich der eigenen Mitte nicht entfremden, so nie einlösen konnte. Deshalb mußte sie durch ihre faktische Politik – von der Agrar- über die Innen- und Rechtspolitik bis zur Deutschlandpolitik – gerade den harten Kern ihrer streng konservativen Anhängerschaft *enttäuschen*. Solange die Union in der Opposition war, bildete die Gegnerschaft zur sozial-liberalen Koalition, insbesondere zu deren sozialdemokratischem Teil, den Firnis, der die nicht ausgetragenen innerparteilichen Gegensätze in der Union zudeckte. Und die schärfere Gangart der Straußschen CSU konnte trotz der inneren Spannungen bei der Einbindung strenger ordnungs- und nationalkonservativer Strömungen in der Union als Verstärker wirken. „Freiheit statt Sozialismus“, die schmissige Wahlkampfparole von 1976 war zwar angesichts der sozialstaatlichen Verwandtschaften zwischen Union und Sozialdemokraten eine Fiktion, damals wie heute, aber sie vermittelte denen, die dies glauben wollten, den Eindruck, sie verkörpere das wahre Profil der Union. In Wirklichkeit mußte nicht nur das in der Opposition geschärfte Profil in der konkreten politischen Verantwortung ideologisch flacher werden, auch die Wende erwies sich weitgehend als *Fiktion*.

Folgt man *Arnulf Baring* (vgl. „Die Zeit“ vom 8. Oktober 1982) – seine These hat einiges für sich –, dann fand die „Wende“ nicht mit dem Beginn der Kanzlerschaft Helmut Kohls statt, sondern bereits acht Jahre früher, als Stimmungs- und Richtungsumschwung „irgendwo zwischen 1972 und 1974“, also im Übergang von Brandt zu *Helmut Schmidt*. Genauer, die Regierung Schmidt/Genscher hat den Stimmungs- und Richtungswandel, der den Abschied vom Brandtschen Demokratisierungspathos und das Einschwenken auf einen außen- wie innenpolitisch geschäftsmäßigeren Politikstil bedeutete, regierungsamtdlich diskret nachvollzogen. Die Regierung Kohl/Genscher war nicht nur durch die Genschersche Außenpolitik und den liberalen Koalitionspartner, sondern durch diesen Umschwung in der sozialliberalen Zeit selbst *in die Kontinuität gezwungen*. Sie mußte gerade von daher ihre ideologisch anspruchsvollsten Anhänger – sei es im nationalkonservativen Lager, sei es – siehe Rechtspolitik – die dezidiertesten „weltanschaulichen“ Gegner der sozialliberalen Koalition – *enttäuschen*.

Wenn *Dieter Oberndörfer* und *Gerd Mielke* in einer umfangreichen Studie des Freiburger Arnold-Bergsträsser-

Instituts über die *Entwicklung des Wahlverhaltens zwischen 1976 und 1987* (vgl. den zusammenfassenden Bericht in der FAZ vom 23. März 1989) feststellen, es vollziehe sich demoskopisch nachweisbar bereits seit zehn Jahren eine Radikalisierung der Selbsteinschätzung in der Wählerschaft, das Bekenntnis zur Linken wie zur Rechten nehme auf Kosten der Mitte in vergleichbarer Weise zu, die Ausfransungen nach rechts und links, wie sie durch die Wahlen in Berlin und Hessen offenkundig geworden seien, hätten sich bereits seit 1976 und insbesondere seit der Rückkehr der christlich-liberalen Koalition in Bonn abgezeichnet, dann dürfte dies sowohl mit der teilweise künstlichen Polarisierung zur Zeit der Regierung Schmidt/Genscher wie mit dem Zwang zur Kontinuität einer „Koalition der Mitte“ unter Kohl zu tun haben.

Eine Ursache für den gegenwärtigen Niedergang der Union sind aber zweifelsfrei auch die ungemein selbstzerstörerischen Spannungen im Parteiengebilde CDU/CSU vor und seit der Kanzlerschaft Kohls. Die von der CSU mit- und in die CDU selbst hineingetragene Straußsche „Gegenstrategie“ zum Kanzler und zu einer von *Heiner Geißler* forcierten Öffnung der Union auf eine sozialstrukturell und stimmungsmäßig sich ausdifferenzierende und in den Lebensstilen zugleich sich individualisierende Wählerschaft blieb letztlich unproduktiv. Sie polarisierte Christdemokraten gegen Christdemokraten, half mit, das eigene Führungspersonal zu demontieren und wertete die sich radikalierenden national-konservativen Strömungen auf, ohne deren ideologische Vorstellungen erfüllen zu können. Erst jetzt wirkt sich diese *unionseigene Erblast* voll aus. CDU und CSU werden sie noch gleichermaßen zu spüren bekommen.

Die Parteienlandschaft verändert sich

Aber es geht nicht um die Schrumpfung einer bestimmten Parteienkonstellation allein oder um das Schicksal nur der gegenwärtigen Koalition im Bund. Die nicht erst durch die letzten regionalen Wahlen signalisierten Umbrüche reichen weiter und tiefer. Wer deshalb meint, nur die Union oder hauptsächlich nur sie gehe schlechten Zeiten entgegen, befindet sich auf dem Holzweg.

Betroffen sind – mehr oder weniger – alle Parteien des traditionellen Spektrums, so wie es sich seit den fünfziger Jahren als Dreiparteiensystem entwickelt hat. Solange die FDP von den Verlusten der Unionsparteien resp. der CDU profitieren konnte oder jedenfalls nicht ebenso erkennbar absackte, war sie wichtiger *Stabilitätsgarant als Funktionspartei*. Diese Stellung scheint sie mit dem Hochkommen neuer Politikangebote bzw. mit der Erweiterung des Parteienspektrums allmählich zu verlieren.

Die Entwicklung seit den siebziger Jahren ist nicht eindeutig. Die FDP konnte sich bei den Bundestagswahlen 1987 als Korrektiv der CDU – in dieser Funktion durch die Straußschen Angriffe auf Genschers Außenpolitik zusätzlich aufgewertet – nicht nur gut behaupten, sondern dort und danach in Bund und Ländern noch dazugewin-

nen. Unter dem Aufkommen der Grünen hat sie – zunächst jedenfalls – nicht gelitten. Aber seit den baden-württembergischen Landtagswahlen 1988 – bei den zweiten Wahlen in Schleswig-Holstein 1987, wo sie aus dem Landtag fiel, befand sich die FDP im Bündnis mit der von der Barschel-Affäre geschüttelten CDU in einer Sondersituation – ist die Entwicklung eindeutig. Die Freien Demokraten verlieren sowohl dort, wo die Union stark bleibt (Baden-Württemberg), wie dort, wo die Union (Berlin) buchstäblich in die Grube fällt. Auch in Hessen war für sie nichts zu gewinnen. Wo Rot-Grün nicht mehr schreckt, braucht es die FDP nicht mehr als „Restverwerter“. Unbehagen an den Großparteien kommt nicht ihnen zugute, sondern geht an der FDP vorbei. Polarisierungen, die sich an die Ränder verlagern, kommen nicht ihr zugute, sondern gehen auch auf ihre Kosten. Das Auffallende, die FDP verliert nach mehreren Seiten, ohne daß traditionelle FDP-Wähler markant zu den sich radikalisierenden Rändern abwandern. Das deutet nicht nur auf Mithaftung für das Unbehagen an der Union hin. Die Verluste sowohl mit der Union wie gegen die Union deuten darauf hin, daß sich der Liberalismus, weil sein Erbe in anderen Formationen aufgehoben ist, sich inzwischen erschöpft hat. Offenbar wirkt sich dies aber erst in einem Entwicklungsstadium voll aus, in dem die Liberalen mit dem Aufkommen neuer Konstellationen und der Bereitschaft zu stärkerer Polarisierung als Ausgleichsfaktor funktionslos werden.

Insgesamt nicht besser als die Union stehen die *Sozialdemokraten* da. Die Wahlen von Berlin und Hessen (speziell in Frankfurt) bedeuteten für sie zwar unverhofften – in Berlin jedenfalls – Rückgewinn an politischer Macht. Aber sie teilen diese mit den Grün-Alternativen, einer politischen Bewegung, die sich erst allmählich zur Partei mausert und von deren Fähigkeit, politische Verantwortung in einem repräsentativen parlamentarischen System wahrzunehmen, die Bevölkerung insgesamt erst überzeugt werden muß, die sich aber in den achtziger Jahren trotz einzelner Rückschläge als *einzig politischer Wachstumsfaktor von Beständigkeit* erweist. Solange die Probe ihrer Regierungsfähigkeit noch nicht abgeleitet ist, bleiben die Grünen zwar Provisorium in der politischen Landschaft, da sie sich aber als *Umweltparteien* und in weniger radikalen, der repräsentativen Demokratie gegenüber feindlichen Formen fast im gesamten westlichen (kontinentalen) Europa als eine politische Kraft durchzusetzen beginnen, sind die Hoffnungen, die Sozialdemokratie könne die Grünen durch Koalitionsarmung allmählich wieder aufsaugen, relativ gering.

Sieht man sich überdies die Ergebnisse für die SPD unabhängig von den neu sich ergebenden Koalitionsmöglichkeiten an, dann wird die wenig komfortable Position der SPD noch deutlicher. Es zeigt sich: die hohen Verluste der Union werden nur zu einem sehr geringen Teil zu Gewinnen der Sozialdemokraten. Bei den Bundestagswahlen 1987 verlor trotz der hohen Verluste der Union auch die SPD Stimmen, in Baden-Württemberg ebenfalls, in Ham-

burg gelang ein deutlicher Wiedergewinn erst im zweiten Anlauf. Der hohe Sieg *Engbolms* beim zweiten Wahlgang 1987 in Schleswig-Holstein – unter den besonderen Bedingungen der Barschel-Affäre blieb die große Ausnahme. Die 4,9 Prozent Zugewinn in Berlin sind nur für sich betrachtet beachtlich. Bedenkt man das *niedrige Ausgangsniveau* – 1985 sank die SPD in Berlin auf 32,4 Prozent; das war ungefähr die Hälfte des SPD Wähleranteils aus den Berliner sozialdemokratischen Glanzzeiten der sechziger Jahre –, dann nimmt sich der Wiederanstieg auf 37,3 Prozent mehr als bescheiden aus, von dem Zuwachs von 1,5 Prozent in der Stadt Frankfurt trotz CDU-Verlusten von 13 Prozent und eines überzeugenden sozialdemokratischen Personalangebots ganz zu schweigen.

Wenn Wähler – aus welchen Gründen immer – bisherigen Regierungsparteien sich verweigern, aber die oppositionelle Volkspartei nichts oder nur geringfügig dazugewinnt, dann kann es für sie – in unserem Fall für die deutsche Sozialdemokratie – noch prekärer werden als für die wegen ihrer Wählerverluste und ihres inneren Zustandes öffentlich bemitleidete Union. Denn offenbar gilt die *Faustregel* nicht mehr, in der Opposition sei es für eine Volkspartei leichter, Vertrauen zu gewinnen, als für die Regierung. Wenn die Sozialdemokratie trotz des Vertrauensentzugs für die Union nicht reussiert, dann ist zu fragen, ob angesichts der schon traditionell geringeren strukturellen Fähigkeit zur Mehrheitspartei der SPD langfristig nicht eher noch mehr Gefahr droht als der Union. Die Frage stellt sich sogar dann, wenn man davon ausgehen möchte, daß das Ausweichen des politischen Protestes nach rechts, zu den anhand der Asylanten-, Aussiedler- und Ausländerfrage soziale Ressentiments nährenden und nationalradikale Stimmungen wiederbelebenden Republikanern, eine *vorübergehende Entscheidung* ist.

Die Volksparteien leiden unter zunehmendem Akzeptanzverlust

Aus allen Analysen der jüngsten Regionalwahlen ist ersichtlich, daß ein nicht geringer Teil ehemaliger sozialdemokratischer Wähler, der in den siebziger und noch Anfang der achtziger Jahre – und zwar vorwiegend aus traditionellen sozialdemokratischen Arbeiter- und Kleinbürgermilieus – als Wähler zur Union stießen, jetzt nicht zur früheren Partei zurückkehrt, sondern zu „neuen“ Parteien – auch zu den Republikanern – weiterwandert. Damit deutet sich unabhängig von der Beurteilung der Dauererfolgchancen von Formationen der radikalen Rechten *sozialdemokratische Substanzverluste* an. Die Schwierigkeiten, alte und neue Strömungen zu integrieren, sind offenbar für die SPD trotz noch stärker wirkender parteiinterner Loyalitäten kaum geringer als bei der Union. Die Sozialdemokratie verliert Wähler nach beiden Seiten: zu den die neuen sozialen Bewegungen stark repräsentierenden Grün-Alternativen wie aus dem traditionell sozialdemokratisch eingefärbten Kleinbürgermilieu an die Re-

publikaner. Damit entfernt sich die Partei von der angestrebten strukturellen Mehrheitsfähigkeit weiter denn je. Deswegen jetzt schon das Ende der Volksparteien zu verkünden (vgl. *Friedrich Karl Fromme* in der FAZ vom 16.3.89), mag reichlich übertrieben sein, doch ist nicht zu übersehen, daß das Parteiensystem als ganzes in einem seine Grundstruktur berührenden Umbruch begriffen ist und daß dessen kennzeichnendstes Merkmal der *zunehmende Akzeptanzverlust der Volksparteien* ist. Die jetzt feststellbare Entwicklung zu den Rändern hin, die sich damit abzeichnende Polarisierung und teilweise Radikalisierung in größeren Teilen der Wählerschaft könnte dabei möglicherweise zum Vorspiel einer größeren, das gegenwärtige Parteiensystem endgültig sprengenden *Pluralisierung des Parteienspektrums*, der Aufsplitterung des bisherigen Drei- oder Vier-Parteien-Systems in ein Viel-Parteien-System, sein.

Was spricht dagegen, daß angesichts einer neuen Ausdifferenzierung nach Lebensstilen, die soziale Schichtungsmerkmale immer stärker überlagern und die ihrerseits zu einer starken Fragmentierung von Politikvorstellungen durch Anschauungs- und Interessenlagen führen, die Entwicklung langfristig in einer *durchgängigen Aufsplitterung des Parteiengefüges* mündet? Bürgerliche Parteien ohne festen ideologischen Kitt und ohne große interessenüberschreitende Integrationspotentiale dürften bei Ausbleiben von Erfolg durch solche Aufsplitterung unmittelbarer gefährdet sein als sozialdemokratische Traditionsparteien. Aber die Frage, ob letzteren der Übergang zu neuen Integrationsmustern angesichts starker Individualisierung, ja Privatisierung von Politikerwartungen bei gleichzeitig größer werdender Ungeduld gegenüber der Realisierung von Politikerwartungen und den geringer werdenden Spielräumen bei ihrer Verwirklichung gelingt, bleibt zumeist offen. Die Hochrechnung von Anteilen aus verschiedenen Lebensweltmilieus, wie es die Sinus-Studie von 1984 für die SPD tat, ist jedenfalls ein ebenso hilfloses Verfahren wie die Summierung von Sozalsegmenten mit Schwerpunkt neuer Mittelstand („technische Intelligenz“) zu politischen Mehrheiten durch die zitierte Wahlstudie der CDU-Geschäftsstelle zu den Bundestagswahlen 1987.

Könnte es nicht überhaupt sein, daß angesichts des scharfen Generationsschnitts und des starken Zuspruchs der Grünen bei der jüngeren Wählerschaft die breite Pluralität der Grünen zum Vorspiel einer neuen Parteienpluralität wird? Und warum sollten sich nicht als Gegenpol zu den Grünen – wie bei den letzten Wahlen in einigen Ostschweizer Kantonen die „Autopartei“ – aus den „alten“ Volksparteien neue Interessenparteien herausentwickeln? Das große Problem der Volksparteien ist doch jetzt schon, daß sie zwar im Gesamtspektrum sich einander annähern, also gleicher werden, innerhalb der Parteien aber ein eindeutiges Profil sich nicht mehr ausbildet und entsprechend auch kein mitreißender Führungswille, weil sich Interessen, Erwartungen und Meinungen höchstens bündeln, aber schwer integrieren lassen. Mittelfristig mag

also der *Wählerschwund* zum Existenzproblem der Volksparteien werden, längerfristig ist aber wohl eine *Aufspaltung des gesamten Parteienspektrums* jedenfalls nicht unwahrscheinlich.

Die Gründe dafür, daß es so kommen könnte, liegen nicht nur bei den Parteien und auch nicht allein an Organisationseigenschaften des politischen Systems, sondern in dessen *gesellschaftlichen* Voraussetzungen. Diese verändern sich und wirken entsprechend verändernd auf die politischen Verhaltensmuster. In der „vollmobilen Ichgesellschaft“, ein Ausdruck des Soziologen *Ulrich Beck* („Die Risikogesellschaft“), in der „jede und jeder zur Sicherung der Existenz sich um die Achse des eigenen Lebenslaufes dreht“, entfernt sich – entgegen einer Standardfeststellung bundesdeutscher Politikberichterstattung – nicht nur „die Politik von den Herausforderungen der Wirklichkeit“ (vgl. *Gunter Hofmann* in „Die Zeit“ vom 14. 4. 89), sondern die Herausforderungen der Wirklichkeit von der Politik; d. h., wo Politik vornehmlich als „Dienstleistungspolitik“ (*Konrad Adam*) möglichst mit Unterhaltungswert und vorwiegend allein nach Kriterien des persönlichen Lebensanspruchs des einzelnen verstandenen und „abgerufen“ wird, kommen Politikangebot und Politiknachfrage vorwiegend nur über Bündelung von Einzelinteressen zusammen.

Auf Weimar zu?

In dieser Spannungslage hängt Politikvermittlung nicht nur vom Styling ab. Sie wird deswegen zu einem schwierigen Geschäft, weil politische Führung nicht nur die richtigen Entscheidungen *im Kompromiß* zu treffen hat, sondern Bürger von der Richtigkeit des Kompromisses gegen die eigene, existentiell verstandene Meinungs- und

Interessenlage überzeugen muß. Die noch andauernde Auseinandersetzung über die Begrenzung der Gesundheitskosten ist nicht nur in der Bundesrepublik ein gutes Beispiel dafür. In solcher Spannungslage verlieren nicht nur Volksparteien an politischer Integrationskraft, es geraten auch die gewohnten Stabilitätsmuster ins Wanken.

Roman Herzog, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat auf einer Zeitgeschichtstagung Ende März/Anfang April zu 40 Jahren Grundgesetz (vgl. ds. Heft, S. 196) die Meinung vertreten: Die bisherige Stabilität der politischen Ordnung in der Bundesrepublik beruhe vor allem auf dem Gegenüber zweier großer Volksparteien, die in der pluralistischen Gesellschaft möglichst allen gerecht werden wollten. Das führe zur Angleichung ihrer politischen Positionen. Gerade das aber mache Wähler unzufrieden. Der hohe Grad sozialer Befriedung und Sicherung gerate dabei aus dem Blick, und so fransten die politischen Ränder aus. Als Folge der damit verbundenen Veränderung des Parteiensystems könnte es auch mit den sog. Kanzlerwahlen und der damit verbundenen langen Kabinettsdauer vorbeisein. Volksparteien könnten dann „wieder zu Repräsentanten bestimmter Bevölkerungsschichten“ werden. Und er fragte, „ob denn das Regierungssystem des Grundgesetzes seine gegenwärtige Form wird behalten können“. Denkt man auf der von Herzog geschilderten Linie weiter, dann könnte sich die Entwicklung mit einem aufgesplitterten Parteiensystem italienischen Verhältnissen annähern, die unter deutschen Bedingungen dann früher oder später in Weimarer Verhältnisse münden würden. Seltsam nur: In der Bundesrepublik ist es üblich, bei fast jeder Bagatellkrise Weimar zu beschwören bzw. zu versichern, Bonn sei oder werde doch nicht Weimar. Jetzt aber spricht niemand davon. *David Seeber*

Wie wandlungsfähig ist der Islam?

Ein Gespräch mit Abdoldjavad Falaturi

Der Islam ist heute ein religiöser wie politischer Faktor von erheblichem Gewicht. In den islamischen Ländern prägt er alle Lebensbereiche oder möchte er seinen Einfluß dementsprechend ausweiten, auch in Westeuropa ist er inzwischen unübersehbar präsent. Wohin zielen die gegenwärtigen Entwicklungen im Islam? Gewinnt eine starre Auslegung der Tradition die Oberhand oder gibt es auch Chancen für einen Islam, der sich in produktiver Auseinandersetzung mit der westlichen Welt weiterentwickelt? Darüber sprachen wir mit dem muslimischen Islamwissenschaftler Professor Abdoldjavad Falaturi. Er stammt aus dem Iran und lehrt heute an der Universität Köln. Die Fragen stellte Ulrich Rub.

HK: Herr Professor Falaturi, viele muslimische Reaktionen auf die „Satanischen Verse“ von Salman Rushdie haben im Westen das dort vorherrschende Bild vom Islam

als einer traditionsfixierten, aggressiv um die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen von Recht, Moral und Staat bemühten Religion nochmals verstärkt. Es scheint so, als bestehe eine letztlich unüberwindbare Kluft zwischen dem Islam und der modernen Welt, besonders dem westlichen Verständnis von Toleranz und Menschenrechten. Was sagen Sie als Muslim und Islamwissenschaftler dazu?

Falaturi: Mir ist zunächst wichtig, festzuhalten, daß der Islam beileibe nicht die einzige Religion ist, die Probleme mit dem hat, was man abgekürzt als Moderne bezeichnet. Auch die christlichen Kirchen denken doch nicht daran, das Prinzip Moderne über ihre verbindliche Überlieferung zu stellen. Auch Christen machen nicht einfach alles mit, was als modern gilt, sondern ziehen dort eine